

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes |
| Herausgeber: | Schweizerischer Gewerkschaftsbund |
| Band: | 17 (1925) |
| Heft: | 10 |
| Artikel: | Das Gold als Standardgrundlage der Währungen |
| Autor: | P.U. |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-352169 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

uns nicht Hilfe gekommen wäre, die wir nicht erwarteten: von den katholischen *Bauern* der inneren Kantone, der *Urschweiz*, die uns unterstützten.

So wiederholte sich, was 30 Jahre früher in England vorging, wo das Zehnstadengesetz von 1847 durch das Eingreifen der Konservativen zustande kam, die sich dadurch an den liberalen Fabrikanten für die Abschaffung der Kornzölle rächteten. Freilich kam hier die Hilfe in Schweizerart auf demokratischem Wege. Das Fabrikgesetz wurde in der Volksabstimmung mit 170,113 Ja gegen 155,90 Nein, also mit knappem Mehr, angenommen. Aus den Ergebnissen der Kantone und Bezirke sieht man mit aller Deutlichkeit, dass ein sehr grosser Teil der Arbeiter in den Fabrikgegenden gegen das Gesetz gestimmt hat. Selbst im Kanton Zürich liefern diese Bezirke eine Ueberzahl von Nein. Diese schlechtgestellten Arbeiter glaubten den Fabrikanten und hatten Angst um ihre erbärmliche Existenz.

Darum stiess der Vollzug des Gesetzes noch geraume Zeit auf grosse Schwierigkeiten, trotz dem Eifer der Fabrikinspektoren, namentlich des braven Arztes Dr. *Fridolin Schuler*. Es vergingen Jahre, bis die *Putzhalbestunde*, die dem Elfstundentag durch einen Kniff angehängt wurde, beseitigt war. Erst nach 20 Jahren konnten die Kinder unter 14 Jahren aus den Seidensspinnereien im Tessin, die nur eine Uebergangsbestimmung bewilligte, entfernt werden. Noch länger dauerte es, bis die Lohnzahlung in Schweizermünze dort durchgesetzt werden konnte.

Die amtliche Fiktion ist, jeder Bürger kenne alle Gesetze und sei für deren Befolgung verantwortlich. Der grösste Teil kennt aber nicht einmal die zum eigenen Schutz erlassene. Das zeigte sich beim Haftpflichtgesetz und hat zu einem wunderlichen Schluss geführt. Ich war 1894 an einem Kongress in Mailand, der sich mit Arbeitsunfällen befasste. Dort wurde von Vertretern privater Unfallversicherungsgesellschaften behauptet, die staatliche Versicherung führe zur Vermehrung der Unfälle. Aus meiner Erfahrung konnte ich nachweisen, dass es *langer Zeit* bedürfe, bis die Arbeiter zur Kenntnis ihres Entschädigungsrechts kommen, ja, bis die Behörden von allen Unfällen Kenntnis erhalten und Untersuchungen darüber anstellen können. Daher wird erst bei strengem Vollzug des Gesetzes die Zahl der registrierten Unfälle grösser. Das wurde auch dort vom Präsidenten des Deutschen Unfallversicherungsamtes, von Bödiker, bestätigt.

Unsere schwachen Arbeiterorganisationen waren daher genötigt, eine eigene *freiwillige Fabrikpolizei* zu organisieren, die auf ungesetzliche Ueberzeitarbeit zu fahnden hatte, um sie den Behörden anzuzeigen. Man kann sich heute nicht mehr vorstellen, auf welche Widerstände und Feindseligkeiten diese freiwilligen Ueberwacher des Gesetzzuges stiessen, nicht nur bei Fabrikanten und Behörden, sondern auch bei Arbeitern, die sogar nicht selten aus Furcht vor den Herren falsches Zeugnis ablegten.

Das schreibe ich wahrlich nicht, um mit den Mühen der fortgeschrittenen Arbeiterschaft zur Durchführung des gesetzlichen Schutzes zu prahlen. Sie verdienen freilich eine nachträgliche Ehrenerwähnung. Aber ich kann dabei auch meine Freude anschliessen über eine *gewaltige Wandlung*, die sich seither in dieser Richtung vollzogen hat. Wohl gibt es auch heute — namentlich in abgelegenen Landesgegenden — noch unwillige Arbeiter und parteiische Behörden, die Gesetzzübertretungen zulassen. Wohl sind die Organisationen der Arbeiter zur Wahrung der gesetzlichen Rechte noch sehr unvollständig. Aber doch ist selbst unter den schlechtgestellten Arbeitern ein Stamm entstanden, der die gesetzlichen Rechte kennt und sie zu wahren weiß. Das hat sich bei vielen Gelegenheiten gezeigt.

Am deutlichsten bei der Volksabstimmung vom 17. Februar 1924. Die Krise hatte eine Revision des Art. 41 des Fabrikgesetzes von 1919 bewirkt. Dieser befugt den Bundesrat, aus wichtigen Gründen eine Verlängerung der Arbeitswoche auf 52 Stunden zu bewilligen. An seine Stelle sollte ein Artikel treten, der bei schweren Krisen ohne Spezialbewilligung die *allgemeine* Verlängerung auf 54 Stunden gestattete. Die Arbeiterschaft erhob sich mit Macht, sammelte über 200,000 Unterschriften, und die Volksabstimmung verwarf diese Verschlümmierung des Gesetzes mit 436,180 Nein gegen 320,668 Ja!

Es wäre unrichtig und undankbar, diesen Erfolg der organisierten Arbeiterschaft allein zu buchen. Auch andere haben brav und treu mitgeholfen. Unter ihnen ist hier zu erwähnen der Generalsekretär der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, Prof. Dr. *Stephan Bauer*, der eine gute Arbeit über den Achtstundentag lieferte.

Meine Darlegung, zu der mich lange Erfahrung ermächtigt, will zeigen, dass alle Sozialpolitik erst dann wirksam wird, wenn die durch sie Geschützten ihrer gesetzlichen Rechte bewusst sind, auch den Mut und die moralische Kraft besitzen, sie zu verteidigen und zu wahren. Damit wächst auch das soziale Denken der Unternehmer und das Pflichtbewusstsein der Behörden. Sagt doch der Altmeister Goethe im «Faust»:

Ja! Diesem Sinne bin ich ganz ergeben,

Das ist der Weisheit letzter Schluss:

Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben,
Der täglich sie erobern muss.

Herman Greulich.



Das Gold als Standardgrundlage der Währungen.

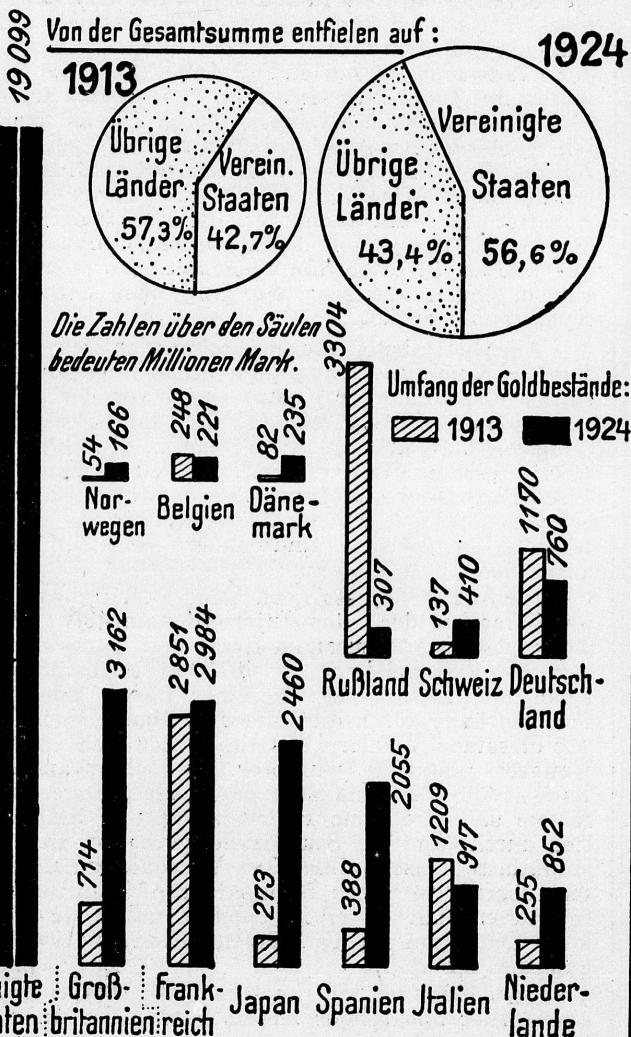
P. U. In allen kapitalistischen Staaten bildet die Währungsstabilisierung das aktuellste Problem der Gegenwart. Der internationale Warenaustausch, die finanziellen Transaktionen zwischen den nationalen Volkswirtschaften verlangen einen mehr oder weniger festen Stand der Währung in jedem einzelnen Lande. Die natürliche Grundlage der Währungsstabilisierung bildet das Gold. Deshalb kehren alle Staaten zur reinen Goldwährung zurück.

Ueber die Goldwährung selbst herrschen in der Wissenschaft verschiedene Ansichten. Ein Teil der Wirtschaftspolitiker, darunter der englische Währungstheoretiker *Keynes*, vertreten die Meinung, dass man des Goldes als Grundstock der Währungen entbehren könnte. Dafür sei eine sogenannte «manipulierte» Währung einzuführen, deren Halt in der Begrenzung der auszugebenden Noten liege. Aehnlich wie es die deutsche Reichsbank mit der Restriktionspolitik versuchte, könne ein stabiler Wertstand für alle Währungen gehalten werden. Diese Meinung ist fast nirgends durchgedrungen; demgegenüber ist die feste Goldwährung in allen massgebenden Ländern zum herrschenden System erhoben worden. Eine volle Goldwährung mit völliger Bewegungsfreiheit für das Gold besteht gegenwärtig nur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Schweden und England. Nahe an diesem Zustand sind Länder wie Holland, Japan, die Schweiz und die englischen Dominions. In vielen Ländern besteht gegenwärtig ein Zwischending, die sogenannte *Goldkernwährung*, wo das Gold oder die Golddevisen nur zu ausländischen Zahlungen und damit zur Regulierung der Wechselkurse verwendet werden. Im inneren Geldumlauf gibt es noch kein Goldmünze, son-

dern Gold wird nur in Barrenform oder in ausländischer Münze ausgegeben, an deren Stelle meistens Golddevisen treten. Diesen Zustand nähern sich Deutschland, die Tschechoslowakei und andere Länder.

Die Weltgoldvorräte 1913 und 1924.

Erläuterung: Die Säulen geben den Umfang des Goldbestandes bzw. der Goldreserve der Zentralnotenbanken der einzelnen Länder an.



2

Es ist von Interesse, in diesem Zusammenhang die Umschichtung der Weltvermögen zu betrachten, wie sie durch die Goldvorräte in den einzelnen Ländern angezeigt wird. Da fällt vor allem Nordamerika auf, wo das Geld der übrigen Welt zusammenströmte, dort in den Sammelbecken der Federal Reserve-Banken und den Privatbanken aufgespeichert liegt und nach Anlage sucht. Auf dem beigegebenen Schaubild ist die Verschiebung des Goldes bildlich dargestellt. Das gewaltigste Sammelbecken des Goldes der Welt ist das *Bankhaus Morgan* in New York. Dort, im Hause Wallstreet Nr. 23, liegt das Nervenzentrum der Welt. Morgan hat den Alliierten die Milliarden vermittelt, die sie zur Kriegsführung benötigten. Nicht nur von den Heeren Fochs allein, sondern nicht minder durch die Geldmacht Morgans wurde der Krieg entschieden. Morgan stellte die Währungen Deutschlands und Österreichs wieder auf feste Füsse. Den französischen Franc

hält er am Band, und er brauchte im vergangenen Jahre nur zu husten, um die Aasgeier der internationalen Spekulation von der Pariser Börse zu vertreiben. Morgan ist der Beherrscher der Welt. Fast ganz Europa ist ihm auf Jahrzehnte hinaus zu riesigen Tribut verpflichtet.

Ein bedeutender Schritt in der Konsolidierung der internationalen Währungsverhältnisse war die Rückkehr Englands zur festen Goldwährung. Dieser Übergang Englands zur Goldwährung bedeutet aber vorläufig noch nicht, dass wie vor dem Kriege der Sovereign (Name für das Pfund Sterling in Gold) auch in den täglichen Verkehr, in den inneren Umlauf gesetzt wird. Aber die Ein- und Ausfuhrfreiheit für das Gold ist in England wieder hergestellt; alles übrige wird sich dem alsbald anschliessen. England bezweckt mit dieser Massnahme vor allem, die alte Stellung des Londoner Geldmarktes zurückzugewinnen. Bekanntlich war England vor dem Kriege der Bankier der Welt. In London wurden alle Transaktionen von Bedeutung getätigt, das Pfund war die Standarddevise der Erde. Diese Stellung ging verloren. Die Rolle des Weltbankiers ging auf Amerika über. In Europa traten die Börsen und Bankhäuser Hollands, Schwedens und der Schweiz als Geldumschlagsplätze immer mehr in Erscheinung. Kein Wunder, dass England bestrebt ist, das alte Prestige wiederzugewinnen.

Es fehlte nicht an Widerspruch, der sich in England gegen die sofortige Einführung der Goldwährung erhob. Männer wie Snowden, der frühere Schatzkanzler der Arbeiterregierung, glaubten geltend zu machen, dass England durch die Rückkehr zur Goldwährung zwar den Wechselkurs stabilisiere, dafür aber die Preiskontrolle verliere und seine Wirtschaft von der amerikanischen Konjunktur und der dortigen Preisbewegung abhängig mache. Ferner würde durch die Vereinheitlung des englischen Pfundes die Konkurrenzfähigkeit der englischen Wirtschaft gefährdet und eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage eintreten. Trotz diesem gewiss nicht unberechtigten Bedenken wurde die sofortige Einführung der Goldwährung im April dieses Jahres vorgenommen. Wie sich bis jetzt übersehen lässt, ist die englische Wirtschaft nicht schlecht dabei gefahren. Die Schuldenzahlung an Amerika wurde verbilligt und so die Steuerlast indirekt erleichtert.

Die Währungsfrage ist zweifellos für die Arbeiterklasse von grösster Bedeutung. Sofern die kapitalistische Produktion einen festen Halts in der Währung entbehrt, ist vor allem die Arbeiterklasse der leidtragende Teil. Inwieweit dies der Fall war, konnte man in Deutschland, Österreich und den übrigen Inflationsländern erleben. Der Achtstundentag bestände heute noch restlos in Deutschland, wenn die Kapitalistenklasse nicht mit Hilfe der Inflation die Arbeiterchaft niederzuschlagen vermochte. Allerdings muss bei alledem beachtet werden, dass die Schultern der Arbeiterklasse allein die Lasten des Währungswechsels nicht zu tragen haben.



Heinrich Scheu

dem wackern Kämpfer zum vollendeten 80. Lebensjahr.

Am 28. September 1864 erging von London der Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Er erreichte nur einen bescheidenen Hörerkreis. Die alte Grossstadt Wien lag noch im Banne der Reaktion und der Gedankenlosigkeit, aus dem sie erst durch die Niederlage von Königgrätz gerüttelt werden sollte. Dann aber begann dort eine Arbeiterbewegung mit ganz besonderem